



Petition 98930

Patientenrechte - Beendigung der Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in der medizinischen Versorgung/Sicherstellung der Betreuung gemäß den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen in der medizinischen Versorgung zu beenden und sicherstellen, dass die medizinische und pflegerische Betreuung von Kindern und Jugendlichen den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention gerecht wird.

Begründung

Wir erleben jeden Tag mit großer Sorge, dass Eltern aufgrund einer verfehlten Bedarfsplanung keine Kinder- und JugendärztInnen mehr finden oder nicht selten wochenlang auf einen Termin warten müssen. Die Versorgungsqualität in den Kinder- und Jugendärztpraxen, Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin sowie im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Kinderchirurgie ist akut gefährdet: Strukturelle Defizite, ein zunehmender Wirtschaftlichkeitsdruck und vor allem ein sich absehbar verschärfender Mangel an Fachkräften können bereits jetzt nicht mehr kompensiert werden. Es gibt zu wenig Nachsorgestrukturen (z. B. niedergelassene spezialärztliche Praxen oder Spezial-Ambulanzen), die gerade im frühen Kindesalter und bei chronischen und seltenen Erkrankungen dringend benötigt werden.

Deswegen fordern wir den Gesetzgeber auf, zeitnah Maßnahmen zu ergreifen, die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen beim Zugang zur medizinischen Versorgung zu beenden. Dabei sollten vor allem folgende Punkte und Forderungen umgesetzt werden:

- Schaffung bzw. Sicherstellung sowie Finanzierung einer bedarfsgerechten pädiatrischen Versorgung
- Sicherstellung einer bedarfsgerechten Kinderkrankenpflege
- Erhöhung der Ärztezahl im Öffentlichen Gesundheitsdienst
- Erhöhung der Anzahl der Studienplätze in der Humanmedizin
- Förderung der Weiterbildung zum Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin sowie zum Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie analog zur Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin
- Sicherstellung des Betriebs von Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin
- Vorbeugende Arzneimittelsicherheit für Kinder

Die die Bundesrepublik Deutschland in die Pflicht nehmenden Vorgaben aus der UN-Kinderrechtskonvention stimmen leider zunehmend weniger mit der Realität in deutschen Praxen und Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin überein. Kinder haben ein Recht darauf, genauso gut gepflegt zu werden wie Erwachsene!

Die DAKJ als Dachverband der konservativen und operativen kinder- und jugendmedizinischen Verbände und Gesellschaften fordert die Politik deshalb mit

Nachdruck auf, die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen zu beenden. Bei zukünftigen Gesundheitsreformen muss besonderes Augenmerk auf die Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in den Kliniken, in den Praxen und im ÖGD gelegt werden. Wenn das hohe Versorgungsniveau in der Kinder- und Jugendmedizin erhalten werden soll, bedarf es dringend einer Neuregelung der Finanzierungssystematik sowie wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung des Ärzte- und Pflegekräftemangels in der Kinder- und Jugendmedizin, um für alle Beteiligten planungssichere und verlässliche Strukturen zu schaffen. Statt einer den Mangel verwaltenden und verfestigenden Bedarfsplanung brauchen wir eine bedarfsgerechte medizinische Versorgungsplanung, die den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entspricht.